

Saale-Beitung.

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus 6 Spalten 15 Pfg. berechnet...

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zahlung 3 M., durch die Post 3 M., dreimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts Zustellungsgebühr...

Nr. 261.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 7. Juni

1900.

Das Flottengesetz angenommen.

Die Entscheidung über das Schicksal des Flottengesetzes ist bereits am Mittwoch im Reichstag gefallen. Der Grundgesetz § 1 der Verträge, der die Verdoppelung der Flotte enthält, ist mit 153 gegen 79 Stimmen angenommen worden.

Man kann nicht gerade sagen, daß die Verhandlung viel bemerkenswerte Momente geboten hat. Es ließ sich schließlich nach den bisherigen eingehenden Verhandlungen im Plenum und in der Kommission nicht viel Neues mehr sagen.

Aus dem Hause kam zunächst Abg. Webel zum Wort, der in etwas erwidrernde Breite eine Wiederholung der Gründe gab, die bereits in erster Sitzung von ihm gegen die Vorlage ausgedrückt worden waren.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalschaften. Der Kaiser und der Kronprinz Konstantin von Griechenland sind am Mittwochabend einer Einladung des Kaisers von Griechenland ein Telegramm, welches nach dem griechischen Kurier folgendermaßen lautet: „Ziel ergreifen von der Trauerfeier des Hinübergehens Ihres hochseligen Vaters...“

berer ein Mir mit seiner Energie, seiner als erwiderten Pflichterfüllung und seiner auch das kleinste nicht zu gering achtenden Gewissenhaftigkeit treue und werthvolle Dienste geleistet hat.

* Mit der Untersuchung des Gesundheitszustandes des Königs von Bayern ist nach dem „Frank. Kur.“ der Professor v. Lande in Würzburg beauftragt worden. * Der Reichspräsident des Staatsministeriums Finanzminister Dr. v. Mikael, hat sich am Mittwoch nach Wien begeben, um daselbst der Eröffnung der Wunderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft beizuwohnen.

Die französischen Ereignisse gegen deutsche Bürger in der Peterskirche zu Rom bestätigen sich trotz aller Versuche von Seiten des Vatikan, die fatale Geschichte zu veruntzugen.

1. Ein junger französischer Briefler tot in St. Peter einen ehrenwürdigen alten deutschen Briefler getroffen. 2. Der deutsche Gesandte „Großer Gott, wir loben dich“ wurde von den Franzosen durch schriftliches Verbleen fast unterdrückt. 3. Französische Briefler stellen sich auf die Waage, um das Zerkeln zu neuen Werten zu geben, sobald die Deutschen nachmals klingen.

Die das „B.T.“ erfährt, zweifelt man in Berliner politischen Kreisen nicht daran, daß der preussische Gesandte beim Vatikan, Freiherr v. Nothen an, die Beschwerden der deutschen Bürger energisch vertreten wird.

Deutschland in englischer Bekleidung. Die „Daily News“ berichtet an der Hand eines Berichtes Dr. Ostwells, des britischen Handelsattachés in Berlin, die Entwicklung Deutschlands seit dem Kriege von 1870 und macht besonders darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung Deutschlands seit dieser Zeit um 15 Millionen zugenommen habe.

lande nicht nur nichts einbringen, sondern daß ihre Erhaltung noch immer ein gutes Stück Geld koste. Die Kolonien seien aber zweifellos notwendig, um einen ausdauernden Markt für den deutschen Exporthandel zu schaffen.

Der „Daily Chronicle“ faßt in einem Bericht des britischen Generalconsuls in Hamburg an und macht auf die Zunahme des Handels zwischen England und Deutschland aufmerksam.

* Charakteristisch für die Agitationsweise des Bundes der Landwirthe ist eine kürzlich in einer Verammlung der Kreisabtheilung Weimann gefasste Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Die Mitglieder der Kreisabtheilung Weimann sind im Prinzip förtrennlich geschlossen. Unter den obwaltenden Verhältnissen, gegenüber einer Regierung, welche die Interessen der Landwirtschaft ganz und gar unberücksichtigt läßt, hält man es für dringend notwendig, daß die wahren Interessen im Reichstage vertretenen Abgeordneten sich zunächst Gehör verschaffen, in welcher Weise die Regierung demnach die Landwirtschaft einen angemessenen Schutz angedeihen lassen will.

1. Daß die Agrarier, die Regierung mag thun was sie will, niemals zu betriegen sind, 2. daß die Agrarier: „Kein Raub — keine Käse“ in der durch den Staat gebilligten Form keine hohen Getreidepreise — keine „Stille“ noch immer Geltung hat, 3. daß die agrarischen Abgeordneten von den Wählern nicht als Volkvertreter, die die Interessen der Gesamtheit wahrzunehmen haben, sondern als spezielle Vertreter der Interessen des agrarischen Großgrundbesitzthums angesehen werden, und 4. daß man in jenen Kreisen der Regierung nicht das geringste Vertrauen schenkt.

Falsche Darstellung.

Wie vorangefügt und wie nicht anders zu erwarten war, haben die Vereinigten Staaten von Amerika dem Vorschlage nach auf die Annahme des Fleischschutzes im Reichstage, das unter der Flagge eines hygienischen Schutzgesetzes die Einfuhr von amerikanischen Fleischwaren fast beschränkt, Repressivmaßregeln in Aussicht gestellt; es sollen die in Deutschland erzeugten und in Amerika eingeführten Waaren mit nur zehn Prozent höheren Zöllen als bisher befristet werden.

Dieses Vorgehen, mit dem uns von Seiten Amerikas schon lange gedroht worden ist, erhebt der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ als ein Beweis, daß „man in den Vereinigten Staaten entschlossen ist, den Zollkrieg vom Zaune zu brechen“ und daß „Nachgiebigkeit gegen unsere Forderungen des Ozeans durchaus nicht angedacht ist.“

Das ist dem doch ein starkes Stückchen an Verdröckung, zumal, daß das Agrarverbleib da geleistet hat, und gerade im Interesse der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zum Auslande ist es notwendig, derartige Entstellungen der Thatsache zu vermeiden.

Wenn jemand aus politischem Prinzip darauf hinarbeitet, in freier Weise nicht nur mit den Vereinigten Staaten, sondern mit aller Welt den Zollkrieg vom Zaune zu brechen, so sind es unsere Agrarier, und wenn es wirklich — was wir nicht hoffen wollen — zu Zollkriegen mit ihren verwerthlichen Völkergemeinschaften und Folgen für unsere Industrie, unseren Handel und unsere gesamte Entwicklung kommt, so fällt die Verantwortung dafür einzig und allein auf unsere Agrarier. Dies muß rechtlich festgelegt werden, damit nicht durch solche Verdröckungsstücke, wie die der „Deutschen Tageszeitung“, sich ein falsches Glauben in unserer Bevölkerung festsetzt.

* Die Erhebung des Bierzolles ist nicht von der Centrumspartei angefragt, sondern von national-liberalen Seite beantragt worden. Aus den Reihen der

